

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung am 27.01.2004

öffentlich

Ort:

Zeit: 16:30 Uhr bis 20:30 Uhr

Anwesenheit:

Herr Armin Voß	SPD
Herr Werner Misch	CDU
Frau Isa Weiß	CDU
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU
Frau Marion Krischok	PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS
Herr Karl-Heinz Dreizehner	SPD
Frau Sabine Wolff	HAL
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UBF

Entschuldigt fehlt:

Herr Friedemann Scholze	FDP
-------------------------	-----

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Her Voß eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfassung fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Es wurden keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Folgender Tagesordnung wird ohne Änderungen und Ergänzungen zugestimmt:

3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004,
 Haushaltskonsolidierung
 Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit und Umwelt
 Geschäftsbereich Planen, Bauen und Straßenverkehr
 Vorlage: III/2003/03754
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. Anfragen von Stadträten
6. Beantwortung von Anfragen
7. Anregungen
8. Mitteilungen

zu 3 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004, Haushaltskonsolidierung Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit und Umwelt Geschäftsbereich Planen, Bauen und Straßenverkehr Vorlage: III/2003/03754

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Frau Krischok, Frau Weiß, Frau Wolff, Frau Dr. Wünscher, Herr Dr. Meerheim, Herr Voß, Herr Misch, Herr Prof. Dr. Schuh, Herr Dreizehner, Herr Funke, Herr Doege, Frau Waldt, Herr Lönnecke, Frau Riedel, Frau Müller, Frau Riese, Frau Balleyer, Frau Landgraf, Herr Hans, Herr Schumann, Frau Dr. Merk, Frau Ströhl.

Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit und Umwelt

Fachbereich Umwelt - Verwaltungshaushalt

Unterabschnitt 1200 – Umweltschutz

Zur Haushaltsstelle 1.1200.570000 – Verbrauchsmittel - erläuterte Frau Balleyer, dass diese Ausgaben für Materialien benötigt werden, die nicht über die Zentrale Materialstelle beschafft werden, z. B. Diagrammpapier für Spezialgeräte zur Baummessung.

Unterabschnitt 7200 – Abfallbeseitigung

Im Jahr 2003 wurden in der Haushaltsstelle 1.7200.570700 - Wilder Müll - 89.900 € ausgegeben. Die volle Umsetzung der geplanten Summe konnte nicht erfolgen, da der Haushalt relativ spät verabschiedet und genehmigt worden sei. Manchmal fehlte auch das notwendige Personal, führte Frau Balleyer aus.

Herr Doege fügte an, dass es sich hauptsächlich um die Beseitigung von wildem Müll an den Badeflächen an Kanal und Hufeisensee handele, da in diesen Außengebieten ein hoher Bedarf bestehe.

Frau Balleyer informierte zur Haushaltsstelle 1.7200.167000 – Erstattungen von privaten Unternehmen -, dass dies Einnahmen des DSD (Duales System Deutschland) in Höhe von 1,79 € pro Einwohner seien.

In der Haushaltsstelle 1.7200.655000 – Sachverständigen- und Gerichtskosten -, erläuterte Frau Balleyer, seien Mittel für die Finanzierung der Berater für die Restabfallbehandlung eingeplant.

Herr Doege ergänzte, dass auch in der Haushaltsstelle 1.7200.655100 – Sachverständigenkosten für Städtische Restabfallbehandlung - Mittel eingeplant wurden, da eine Sicherheitsposition geschaffen werden müsse, da das Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof noch nicht abgeschlossen sei. Zur Zeit werde die Frage geklärt, ob es sich um ein In-House-Geschäft handelt oder nicht.

Frau Balleyer führte aufgrund einer Nachfrage aus, dass die Gebühren der Abfallbeseitigung aller 2-3 Jahre neu kalkuliert werden. Der Kalkulationszeitraum müsse ausgeglichen gestaltet werden. Falls ein Überschuss entstehen würde, würden die Gebühren gesenkt werden. Uneintreibbare Gebühren werden vorerst befristet niedergeschlagen. Wenn die Prüfung ergeben sollte, dass die Gebühren dauerhaft nicht eintreibbar seien, werden diese zu Lasten aller Gebührenzahler umgelegt.

Herr Funke ergänzte, dass mit einem eventuellen Überschuss keine Rücklage gebildet werde. Dieser werde buchhalterisch festgehalten und mindere den Kassenkredit.

Unterabschnitt 8800 – Wohn- und Geschäftsanwesen

Frau Balleyer erläuterte, dass im Küttener Weg eine Sickerwasserbehandlungsanlage betrieben werde. Die Ausgaben werden auf die Nutzer aufgeteilt.

Fachbereich Umwelt - Vermögenshaushalt

Unterabschnitt 1200 - Umweltschutz

Da es sich bei der Sanierung der Böschung von Altbergbaurestlöchern um Bodenschutz handele, seien die geplanten Ausgaben diesem Bereich korrekt zugeordnet, führte Frau Balleyer aus.

Unterabschnitt 7200 – Abfallbeseitigung

Frau Balleyer wies auf ein Pilotprojekt zur beleglosen Entsorgungslogistik mit Förderung vom Land und Unterstützung von der Stadtwirtschaft Halle GmbH hin.

Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit – Verwaltungshaushalt

Unterabschnitt 1100 – Öffentliche Ordnung

Zu der Haushaltsstelle 1.1100.260000 - Bußgelder u. ä. - führte Herr Doege aus, dass durch die Umsetzung des Fachkonzeptes die geplanten Einnahmen gebracht werden sollen. (Das IST im Jahr 2003 betrug 2,4 Mio. €.)

Die Haushaltsstelle 1.1100.562000 – Aus- und Fortbildung - wurde erheblich aufgestockt, da sich, verbunden mit den Einsparmaßnahmen der vergangenen Jahre, ein hoher Fortbildungsbedarf aufgebaut habe. Es werde geplant, die MitarbeiterInnen mit In-House-Seminaren z. B. in den neuen Rechtsgebieten fortzubilden. Weiterhin werde z. B. mit Stressbewältigungsseminaren das Projekt Gesundheitsmanagement berücksichtigt, erläuterten Frau Landgraf und Herr Doege.

Zu Dienst- und Schutzkleidung – Haushaltsstelle 1.1100.560000 wurde ausgeführt, dass mit der Beschaffung von Übergangskleidung die Versorgung vorerst abgeschlossen sei.

Unterabschnitt 1102 – Fundbüro

Frau Landgraf wies darauf hin, dass die Miete zur Zeit noch aus dem Unterabschnitt 1100 gezahlt werde.

Unterabschnitt 3662 – Laternenfest

Herr Doege zeigte auf, dass sich die Einnahmen in Höhe von 30 T € aus der Summe der Haushaltsstellen 1.3662.150000 – Sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen - in Höhe von 25.800 € und 1.3662.159000 Mehrwertsteuer in Höhe von 4.200 € ergeben.

Unterabschnitt 7300 – Wochenmärkte, Weihnachtsmärkte

Die Einnahmen der Haushaltsstelle 1.7300.110100 - Marktgebühren - seien realistisch eingeschätzt worden. Trotz des geplanten Umbaus des Marktplatzes gehe der Frischemarkt weiter. Im Fachkonzept des Bereiches sei u. a. eine Reduzierung der Spezialmarkt-Veranstaltungen auf 4 pro Jahr und ein Personalabbau vorgesehen. Auf Nachfragen zur Möglichkeit auf Privatisierung des Bereiches gab Herr Doege zu bedenken, dass die Händler viele Restriktionen aufgrund des öffentlichen Zweckes des Marktplatzes zu erdulden haben. Weiterhin müsse das gesamte Marktwesen als Paket betrachtet werden. [Der Anregung von Frau Krischok, dieses Thema in einer der kommenden Sitzungen des Innenausschusses zu beraten, schlossen sich die Mitglieder des Ausschusses an. Die](#)

Verwaltung wurde gebeten, in Vorbereitung auf diese Sitzung, Kontakt mit anderen Städten aufzunehmen und zu prüfen, wie diese ihre Märkte organisieren.

Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit - Vermögenshaushalt

Unterabschnitt 1100 – Öffentliche Ordnung

Frau Waldt wies darauf hin, dass in den Veränderungsblättern eine Verschiebung vom Unterabschnitt 1101 – Gewerbeangelegenheiten in den Unterabschnitt 1100 zur Beschaffung eines Faxgerätes zu ersehen sei.

Straßenreinigung

Unterabschnitt 6750 – Straßenreinigung

Bezüglich von Anfragen zu Hundetoiletten wurde auf die Sitzung des Innenausschusses am 03.12.2003 verwiesen, in der die Thematik ausführlich beraten wurde (Die Niederschrift wurde den Mitgliedern des Finanzausschusses am 20.01.2004 übergeben). Weiterhin wurde den Mitgliedern des Ausschusses eine Zuarbeit des Geschäftsbereiches III an den Innenausschuss vom 18.12.2003 zur Frage übergeben, warum die Ausgaben für Hundetoiletten im Haushaltsplan 2004 höher veranschlagt wurden.

Fachbereich Bürgerservice - Verwaltungshaushalt

Unterabschnitt 0510 – Statistik und Wahlen

Herr Lönnecke machte darauf aufmerksam, dass in der Haushaltsstelle 1.0510.400000 – Personalausgaben - die Aufwandsentschädigungen für die Durchführung der Kommunal- und Europawahl enthalten seien (vergleiche auch Seite V 114).

Unterabschnitt 1150 – Bürgerservice

Frau Lachky erläuterte, dass die geplanten Einnahmen der Haushaltsstelle 1.1150.100000 – Verwaltungsgebühren -, an das IST 2003, welches 1.970.653 € betragen habe, angepasst wurden.

Bußgelder in diesem Fachbereich werden z. B. für verspätete Ausweisbeantragung erhoben.

Fachbereich Bürgerservice – Vermögenshaushalt

Unterabschnitt 0500 – Standesamt

Herr Doege erläuterte, dass mit den eingestellten Mitteln ein dringend benötigter Schrank ersetzt werden solle.

(18:00 Uhr – Frau Dr. Wünscher verließ die Sitzung.)

Fachbereich Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst - Verwaltungshaushalt

Unterabschnitt 1300 – Berufsfeuerwehr

Herr Misch bat die Verwaltung, 1000 € als Zuschuss für die Teilnahme am 40. Jugendfeuerwehrtreffen in Berlin zur Verfügung zu stellen, um das Engagement der Jugendwehren zu würdigen.

Herr Doege sagte eine Deckung aus dem Unterabschnitt 1300 zu.

Herr Hans bestätigte, dass die Feuerwehrleute im Rahmen der deutschen Meisterschaften, die in Halle ausgetragen werden, die Schulen kostenfrei als Übernachtungsmöglichkeit nutzen. Die Schulen werden nach dem Schulbetrieb zu Beginn der Ferien turnusmäßig speziell endgereinigt. Für die professionelle Reinigung der sanitären Einrichtungen seien finanzielle Mittel eingestellt.

Herr Nagel bestätigte, dass die Nutzung mit dem Eigenbetrieb ZGM abgestimmt sei.

Unterabschnitt 1310 – Freiwillige Feuerwehren

Herr Schumann erläuterte, dass die Einnahmen der Haushaltsstelle 1.1310.117000 - Sicherheitswachen - und die Ausgaben 1.1310.620000 – weitere besondere Sachausgaben - im Zusammenhang zu sehen seien. Diese Einnahmen und Ausgaben beziehen sich auf die Theatersicherheitswachen.

Herr Hans fügte an, dass eine durch den Stadtrat beschlossene Satzung die Grundlage sei.

Unterabschnitt 1400 – Katastrophenschutz

Herr Doege und Herr Schumann führten aufgrund einer Anfrage aus, dass Katastrophen nicht geplant werden können und somit auch keine Vorsorgeansätze in Größenordnungen geplant werden. Sollte ein Katastrophenfall eintreten, müsse in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Finanzservice eine Lösung gefunden werden. Dieses Verfahren habe sich in den vergangenen Jahren bewährt.

Unterabschnitt 1600 – Rettungsdienst und Krankentransport

Herr Doege informierte darüber, dass zur Zeit diesbezügliche Verhandlungen vor dem Verwaltungsgericht geführt werden.

Fachbereich Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst – Vermögenshaushalt

Unterabschnitt 1300 – Berufsfeuerwehr

Wie bereits im Innenausschuss, berichtete Herr Doege, dass nach Fertigstellung der Sanierung des Gebäudes evtl. der Fachbereich Ordnung und Sicherheit mit einziehen werde. Die räumlichen Möglichkeiten seien gegeben und die vorhandene Technik könnte mit genutzt werden. Zur Zeit sei dies aufgrund des Zustandes noch nicht möglich.

Frau Müller erläuterte zur Veräußerung von Fahrzeugen, dass es noch nicht bekannt sei, ob Fahrzeuge verkauft werden und wie viel Einnahmen eingeplant werden können. Aus diesem Grund sei für diese Position kein Ansatz eingearbeitet worden.

Unterabschnitt 1600 – Rettungsdienst und Krankentransport

Herr Hans erläuterte, dass die von der Stadt ausgemusterten Fahrzeuge an die Hilfsdienste übergeben werden. Ein Feuerwehrfahrzeug habe eine Nutzungsdauer von ca. 20 Jahren. Danach werde es verschrottet.

Geschäftsbereich Planen, Bauen und Straßenverkehr

Baukoordinierung

Unterabschnitt 6000 – Baukoordinierung

Herr Lönnecke erläuterte, dass lt. Stellenplan 9 Planstellen ausgewiesen seien. Im Bereich arbeiten 8 MitarbeiterInnen. Diese wurden durch interne Umsetzungen besetzt. In diesem Bereich werde die Straßenausbaubeitragssatzung umgesetzt.

Auf Nachfrage fügte Frau Waldt an, dass ca. 600 Bescheide erteilt wurden und zur Zeit ca. 300 Widersprüche eingegangen seien.

Wenn in der Stadt Halle (Saale) nicht mehr so viele Straßen ausgebaut werden, werden die MitarbeiterInnen in andere Bereiche umgesetzt.

Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung

Unterabschnitt 6100 - Stadtplanung

Herr Lönnecke verwies auf die Seite V 110 im Haushaltsplan. Dort seien die Erläuterungen zum Stellenplan und Personalkostenveränderungen zum Jahr 2003 ersichtlich.

Frau Dr. Merk fügte an, dass in diesem Bereich ein Generationswechsel der MitarbeiterInnen und eine Umorganisation, teilweise aus anderen Bereichen, stattgefunden habe.

Zur Haushaltsstelle 1.6100.588100 Öffentlichkeitsarbeit – Stadtumbau führte Frau Dr. Merk aus, dass mit diesen Mitteln Bürgerinformationen, Faltblätter zu Verkehrsthemen, die Teilnahme an Fachmessen u. a. finanziert werde. Die Resonanz schätze sie sehr groß ein, da die Bürger bezüglich der Faltblätter stark nachfragen. Eine Zusammenarbeit mit anderen Bereichen bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit zum Stadtumbau halte sie nicht für günstig, da dies ein sehr spezielles Thema sei.

Herr Prof. Dr. Schuh bat um eine schriftliche Zuarbeit bezüglich der Personalkosten bis zur Abschlussberatung am 03.02.2004.

Frau Wolff bat die Verwaltung um eine Zuarbeit, in welchen Bereichen Mittel für Öffentlichkeitsarbeit und Werbung in Bezug auf den Stadtumbau ausgegeben werden.

Unterabschnitt 6150 – Stadtsanierung

Auf Anfrage erläuterte Frau Dr. Merk, dass der Umfang der Planungsleistungen sehr schwer zu differenzieren sei. Große Aufträge werden vergeben, Teile werden als Grundleistung selbst geplant. Zur Zeit werde an der Fachkonzepterstellung gearbeitet und die Aufgaben der Mitarbeiter konkret erfasst. Eine ausführlichere Antwort könne im nächsten Jahr gegeben werden.

In der Haushaltsstelle 1.6150.658000 - Sonstige Geschäftsausgaben - werde Material beschafft, das nicht über das ZGM bezogen werde, z. B. besonderes Material für die technischen Zeichner.

Zur Zeit arbeiten ca. 40 Ingenieure oder Planer in diesem Fachbereich.

Zur Frage nach der Effizienz der o. g. MitarbeiterInnen erläuterte Herr Doege, dass die Arbeit in diesem Fachbereich nicht mit der Arbeit eines Ingenieurbüros zu vergleichen sei. Die Verwaltung habe teilweise ganz andere Aufgaben. Der öffentlich-rechtliche Bezug müsse beachtet werden. In diesem Bereich werden z. B. die Flächennutzungspläne erarbeitet und an vielen Grundsatzfragen werde mitgearbeitet.

Frau Dr. Merk fügte an, dass in diesem Bereich die Stadtentwicklung, -sanierung und –planung zusammengefasst seien. Der Fachbereich nehme z. B. auch planungshoheitliche Arbeiten, die fachliche Bauherrenvertretung und die Begleitung des Gremiendurchlaufs der Vorlagen wahr.

Es wurde darauf hingewiesen, dass bei den Vorlagen der Verwaltung nur die externen Kosten ausgewiesen werden. Die Stadträtinnen und Stadträte haben nicht die Möglichkeit einzuschätzen, welche verwaltungsinternen Kosten entstehen.

Das IST 2003 der Haushaltsstelle 1.6150.586000 – Sachausgaben eigener Veranstaltungen - war Null. Diese Mittel sind als Deckung für die 20 %ige Kürzung angeboten worden. Die Kosten für die eigentlich im Unterabschnitt 6150 geplanten Maßnahmen wurden durch den Unterabschnitt 6100 gedeckt.

Herr Dr. Meerheim bat um eine schriftliche Aufschlüsselung der Personalkosten.

In Bezug auf das noch fehlende Fachkonzept führte Herr Doege aus, dass die Vergabe zweimal im Ausschuss für Bauangelegenheiten und Vergaben gescheitert sei, obwohl das Geld 2003 im Haushalt eingeplant gewesen sei. Er halte eine externe Vergabe aus unterschiedlichen Gründen jedoch für unumgänglich.

Aufgrund eines Hinweises, dass das Geld für 2004 im Unterabschnitt 0210 nicht eingeplant sei, erläuterte Herr Funke, dass die Mittel durch den Fachbereich nicht angemeldet wurden.

Fachbereich Vermessung und Geodaten

Es wurden zu diesem Fachbereich keine Nachfragen gestellt.

Fachbereich Bauordnung und Denkmalschutz - Verwaltungshaushalt

Unterabschnitt 6130 - Bauordnung

Herr Dr. Hannuschka erläuterte, dass keine Mittel konkret für die Mittelstraße eingeplant seien. Viele Häuser in der Stadt geben Anlass zur Sorge. Zwangsmaßnahmen seien noch nicht vorgesehen worden, da die Verhandlungen mit dem Eigentümer nicht gestört werden sollten. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass der Eigentümer, wenn er einen Abrissantrag stellen würde, diesen gerichtlich durchsetzen könne.

Unterabschnitt 6200 – Wohnungsförderung

In der Haushaltsstelle 1.6200.655000 seien Mittel für die Überarbeitung des Mietspiegels eingestellt. Zur Zeit werde in der Arbeitsgruppe (gemeinsam mit Vertretern der Wohnungswirtschaft) beraten, ob eine Neuauflage zur Zeit sinnvoll erscheint. Die Mitarbeiter in diesem Ressort wurden von 7 auf 2 durch Abordnung in andere Bereiche reduziert.

Fachbereich Bauordnung und Denkmalschutz - Vermögenshaushalt

Frau Müller erläuterte, dass es sich bei den Darlehensrückflüssen im Unterabschnitt 6200 – Wohnungsförderung um Rückzahlungen von Wohnungsunternehmen handele.

Fachbereich Tiefbau und Straßenverkehr – Verwaltungshaushalt

Unterabschnitt 1104 – Straßenverkehr

Frau Ströhl erläuterte, dass im vergangenen Jahr der Bereich der unteren Verkehrsbehörde dazugekommen sei. Deshalb war die Planung im letzten Jahr sehr schwierig und wurde in diesem Jahr an das IST angepasst (vgl. Portokosten). Die untere Verkehrsbehörde befasst sich mit Sperrungen, Veranstaltungen, Schwerlasttransporten, Taxigenehmigungen, Güterverkehr u. a..

Unterabschnitt 6020 – Tiefbauverwaltung

Herr Funke wies an dieser Stelle nachdrücklich darauf hin, dass die geplanten Mittel in allen Unterabschnitten in den Gruppierungen 531010 – Grundmiete und 531020 – Bewirtschaftungskosten zur Zeit vorläufigen Charakter haben. Die Positionen des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement werden in der Beratung am 03.02.2004 zusammen mit dem Wirtschaftsplan 2004 gesondert beraten.

Unterabschnitt 6500 – Kreisstraßen

Frau Ströhl machte darauf aufmerksam, dass die Klassifizierung der Straßen lt. Festlegung im Ministerialblatt Sachsen-Anhalt so vorgenommen werden müsse. Eine Splittung der Kosten auf die einzelnen Straßenarten für Winterdienst oder Oberflächenentwässerung würde keine finanziellen Vorteile für die Stadt bringen.

Unterabschnitt 6700 – Straßenbeleuchtung

Frau Müller wies auf Seite 6 der Veränderungsblätter hin.

Unterabschnitt 6800 – Parkeinrichtungen

Bei Errichtung eines neuen Standortes müsse der Untergrund geprüft und die Leitungsführung geplant werden. Aus diesem Grund fallen Planungskosten an, erläuterte Frau Ströhl.

Aufgrund der Nachfrage von Herrn Misch sagte Frau Ströhl einen Sachstandsbericht bezüglich der Werbung auf Rückseiten von Parkscheinen zu.

Ein Hinweis bezüglich des Vertrages Tiefgarage Hansering und den Parkkosten in diesem Gebiet wurde von der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Unterabschnitt 6900 – Wasserläufe, Wasserbau

Frau Ströhl erläuterte, dass es sich in der Haushaltsstelle 1.6900.661000 - Mitgliedsbeiträge - um Pflichtmitgliedsbeiträge für die Verbände untere und mittlere Saale, weiße Elster und westliche Ruhne handele, da ein Teil der Straßenentwässerung in diese Flüsse fließt.

Unterabschnitt 7630 – Bedürfnisanstalten

Der Mitarbeiter, der die Bedürfnisanstalten betreut, sei zu 70 % im Bereich Wasserbau tätig, erläuterte Frau Ströhl. Aus diesem Grund seien die Personalkosten mit Null ausgewiesen. Herr Doege informierte, dass Privatisierungsbestrebungen gescheitert seien.

Fachbereich Tiefbau und Straßenverkehr – Vermögenshaushalt

Frau Wolff wies auf einen im Dezember 2002 durch den Stadtrat beschlossenen Antrag zur Errichtung eines Fußgängerüberweges im Bereich Kreuzung Waldstraße / Blumenauweg / Kesselbergweg hin. Zur Umsetzung des Beschlusses seien keine Mittel eingeplant. Weiterhin seien keine Mittel für Geh- und Radwege eingeplant.

Frau Ströhl verwies auf die Veränderungen in der Änderungsliste.

Frau Wolff wird die Veränderungen prüfen und behält sich einen Antrag in der Abschlussberatung vor.

Unterabschnitt 6800 – Parkeinrichtungen

Herr Misch bat um eine schriftliche Übersicht, wie viel Parkscheinautomaten aus welchen Bereichen bei der Stadt Halle (Saale) eingelagert sind.

Frau Ströhl antwortete auf eine Frage, dass das IST 2003 für die Bewirtschaftung des Parkplatzes August-Bebel-Straße gleich Null gewesen sei.

Frau Waldt fügte an, dass eine Veränderung der Haushaltsansätze 2003 nach der Genehmigung durch das Regierungspräsidium aus rechtlichen Gründen nicht mehr vorgenommen werden konnte. Einen Nachtrag habe es im Jahr 2003 nicht gegeben.

Frau Riedel erläuterte auf Nachfrage, dass die Installation der Fahrradabstellanlagen und Schließfächer kostenneutral durch den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung vorgenommen werden wird.

Fachbereich Grünflächen

Unterabschnitt 5810 – Öffentliche Anlagen

Frau Riedel verwies auf die Veränderungsliste.

Frau Krischok bat um eine Aufstellung der Reparaturkosten für mindestens die letzten 3 Jahre für den Bagger sowie um ein Kostenangebot, was ein neuer Bagger kostet.

Herr Schmoll bestätigte auf Nachfrage, dass die Torgauer Urnen auch zu den Kriegsgräbern gehören. Eine Erhöhung der Mittel für die Unterhaltung wurde aufgrund der Haushaltssituation nicht vorgenommen. Die Pflege werde mit Fördermitteln vom Land unterstützt.

Unterabschnitt 8550 – Stadtwald

Herr Doege erläuterte, dass sich am Rand des Stadtwaldes ein Pflegestützpunkt befinde, für den Miete gezahlt werden müsse.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5 Anfragen von Stadträten

Protokoll:

Zu den Tagesordnungspunkten 4 und 5 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 6 Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Den Mitgliedern wurde zu Beginn der Sitzung die Beantwortung der Fragen in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und städtische participationsverwaltung

- des Fachbereiches Organisations- und Personalservice sowie
- des Fachbereiches Wirtschaftsförderung

übergeben.

zu 7 Anregungen

Protokoll:

Zum Tagesordnungspunkt 7 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 8 Mitteilungen

Protokoll:

Herr Dr. Meerheim teilte mit, dass er in der Stadtratssitzung am 28.01.2004 den Antrag stellen werde, die benötigten Mittel für die Bewerbung der Stadt Halle (Saale) als Europäische Kulturhauptstadt aus dem Etat des Olympiabeauftragten zu nehmen.

Es entwickelte sich eine kritische Diskussion bezüglich der Unterstützung der Olympiabewerbung der Stadt Leipzig.

Herr Funke schlug vor, Herrn Schnell für die Abschlussberatung einzuladen und über diese Thematik noch einmal zu beraten. Diesen Vorschlag nahmen die Mitglieder des Ausschusses an.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Zur Abschlussberatung wird Herr Olympiabeauftragter Schnell eingeladen.

Armin Voß
Vorsitzender des
Ausschusses

Dieter Funke
Beigeordneter
Zentraler Service

Martina Beßler
Referentin
Protokollantin